

Debatte

Leipziger Mediengespräche

»Die digitale Hetze hat reale Konsequenzen«

Resilienz, Regulierung, Netzwerke und partizipative Formate als Strategien gegen Hass im Journalismus

Abstract: »Die zentrale Frage ist: Wie weit soll regulierend eingegriffen werden – und wie weit kann man die Resilienz der Beteiligten stärken?« eröffnete Michael Haller sein Statement beim ersten Leipziger Mediengespräch des Europäischen Instituts für Journalismus- und Kommunikationsforschung (EIJK). Ausgehend von Erfahrungen von Journalistinnen und Journalisten sowie Forschenden aus Deutschland und den USA wurden Ansätze vorgestellt, die auf Regulierung, Medienbildung, Resilienzförderung und partizipative Projekte zwischen Publikum und Journalismus setzen. Die *Journalistik* dokumentiert das Gespräch auf der Basis des bearbeiteten Audioskripts. Die Herausforderungen, denen sich Journalistinnen und Journalisten durch Hassrede, Anfeindungen und Plattformlogiken gegenübersehen, diskutierten die Gäste des ersten Leipziger Mediengesprächs Ende April 2026 auf dem Medien-campus Villa Ida in Leipzig-Gohlis, moderiert von Gabriele Hooffacker (HTWK Leipzig). Prof. Stine Eckert (Wayne State University, Detroit), Prof. Michael Haller (Europäisches Institut für Journalismus- und Kommunikationsforschung EIJK), Dr. Judith Kretschmar (Univ. Leipzig) und Michael Krell (TU Dresden) sprachen über die Situation in Deutschland und den USA und stellten konkrete Lösungsansätze vor.

Keywords: Leipziger Mediengespräch, Medienstiftung, EIJK, Journalismus, USA, partizipative Formate, Bürgerjournalismus, Medienpädagogik, Hass im Netz

Gabriele Hooffacker: Eigentlich könnte alles so schön sein mit partizipativen Formaten. Wir wollen miteinander reden – Journalistinnen und Journalisten mit Bürgerinnen und Bürgern. Das Internet bietet dafür großartige Möglichkeiten. Und was haben wir stattdessen? Seit es Diskussionsforen gibt, haben wir Flame Wars. Seit es Wikipedia gibt, haben wir Edit Wars. Und wir haben Hate Speech – von der gerade Journalistinnen und Journalisten besonders betroffen sind. Wir wollen überlegen: Was kann man tun? Was kann man dagegen machen?

Stine, wir sind gespannt, was du über die Situation in den USA berichten kannst. Du bist in Zeitz geboren, hast in Leipzig studiert und bist jetzt Professorin in Detroit. Gerade bist du für einen Forschungsaufenthalt in München und heute hier bei uns.

Hast du an deiner Universität in Detroit bemerkt, dass es unter der zweiten Regierung Trump Einschränkungen gibt – insbesondere im Bereich Journalismus, Forschung oder bei Themen rund um Journalistinnen und Journalisten?

Stine Eckert: Ja und nein. Es zeigt sich lokal sehr unterschiedlich, je nach Universität und Bundesstaat. Wir sind in Michigan, in einem Bundesstaat mit einer demokratischen Gouverneurin, und haben dadurch noch etwas mehr Schutz.

Allerdings wurden alle Bundesmittel aus Washington D.C. zum Thema Diversität bereits im vergangenen Frühjahr gekürzt oder gestrichen. Das betraf die Förderung von Professorinnen und Professoren – unabhängig vom Fachbereich, also auch die Kommunikationswissenschaft.

Was die Forschungsinhalte angeht, versucht meine Universität, die Wayne State University, die Substanz zu schützen. Wir haben außerdem das Glück, dass ein neues Center for Gender and Sexuality Studies gegründet wurde. Es ist interdisziplinär angelegt und unterstützt aktuell auch meine Forschung hier in Deutschland zu genderqueeren Journalistinnen und Journalisten.

Insgesamt ist die Lage gemischt. Michigan ist vergleichsweise gut aufgestellt, aber Kolleginnen und Kollegen in Bundesstaaten wie Ohio, Indiana, Florida, Texas oder Arizona müssen mit deutlich härteren Maßnahmen rechnen.

Gabriele Hooffacker: Michael Krell ist Wissenschaftler an der TU Dresden. In der *Zeit* habe ich kürzlich Ihren Beitrag gelesen »Gutes Land, böse Stadt«, in dem es um das Feindbild Moderne im aktuellen Rechtsextremismus geht, ein Thema mit Traditionslinien bis in den Nationalsozialismus.

Sie beschäftigen sich mit rechtsextremen Aktivitäten in Sachsen. Haben Sie als Autor selbst Anfeindungen erlebt?

Michael Krell: Ich bin seit einigen Jahren viel in Sachsen unterwegs, auch journalistisch, und beschäftige mich vor allem mit rechtsextremen Protesten und Akteuren, etwa den »Freien Sachsen«, den Corona-Protesten und anderen Gruppierungen.

Ich selbst habe bislang relativ wenig direkte Anfeindungen erlebt. Das liegt vermutlich auch daran, dass ich kaum in sozialen Medien aktiv bin.

Durch meine Forschung, meine journalistische Arbeit und auch durch ehrenamtliche Tätigkeiten habe ich viel Kontakt zu Journalistinnen und Journalisten in Sachsen, die zu Rechtsextremismus arbeiten. Und da ist klar: Anfeindungen gehören zum Alltag. Das passiert auf unterschiedliche Weise – etwa auf der Straße, wenn man über rechtsextreme Proteste berichtet. Es ist eigentlich normal, dort angefeindet zu werden. Und in den letzten Jahren, besonders seit der Corona-Zeit, hat sich vieles in den digitalen Raum verlagert.

Über Plattformen wie Telegram wurden Proteste organisiert. Dort finden auch viele Angriffe statt. Journalistinnen und Journalisten werden dort häufig persönlich angegriffen und mit Namen und Gesicht vorgeführt. Das hat dazu geführt, dass einige ihre Arbeit aufgeben haben.

Gabriele Hooffacker: Michael Haller ist ein Vertreter zweier Welten – aus dem Journalismus, etwa bei *Spiegel* und *Zeit*, und aus der Journalismusforschung. Du hast ein Buch herausgegeben mit dem Titel *Der Kampf um die Presse- und Medienfreiheit. Journalistinnen und Journalisten als Wegbereiter der Meinungsfreiheit und Demokratie*. Darin geht es um Persönlichkeiten wie Heinrich Heine, Karl Marx, Carl von Ossietzky bis hin zu Rudolf Augstein.

Marx musste ins Exil, Ossietzky wurde von den Nationalsozialisten gefoltert und ermordet, Augstein saß in der Bundesrepublik immerhin 103 Tage im Gefängnis, weil er es gewagt hat, Franz Josef Strauß zu kritisieren. Was sagt uns das über das Verhältnis von Journalismus und Repression? Haben sich die Formen des Drucks heute verändert?

Michael Haller: Ja, natürlich. Durch die Digitalisierung haben sich die Möglichkeiten, Druck auszuüben, massiv verändert. Heute kann sich im Prinzip jeder ermächtigt fühlen, mit geringem Aufwand anderen Menschen Schaden zuzufügen. Das ist eine neue Qualität, auf die wir als Rechtsstaat nicht ausreichend vorbereitet waren. Zwar haben wir grundsätzlich funktionierende Strafgesetze und Rechtsprechung, aber es sind neue Räume entstanden, die noch nicht hinreichend geregelt sind.

Die zentrale Frage ist: Wie weit soll regulierend eingegriffen werden – und wie weit kann man auf der anderen Seite die Resilienz der Beteiligten stärken?

Erlauben Sie mir eine kurze historische Episode: Im Jahr 1641 schaffte das englische Parlament die Vorzensur ab, die zuvor unter König Charles I. gegolten

hatte. Plötzlich gab es radikale Pressefreiheit. Die Londoner Bevölkerung war jedoch durch vorherige Konflikte emotional stark aufgeladen – voller Wut und Frustration. Es entstand eine Flut an Flugblättern, Beschimpfungen, Verschwörungstheorien – vergleichbar mit heutigen Hate Speeches in den Social Media. Das Ausmaß war so extrem, dass bereits ein Jahr später die Pressefreiheit wieder eingeschränkt wurde.

Erst nach weiteren Auseinandersetzungen kam es fünfzig Jahre später zu einer stabilen Ausformung der Pressefreiheit. Vielleicht ist das ein passendes Bild für unsere heutige Situation: Wir befinden uns gewissermaßen noch in dieser frühen Phase und suchen nach einer Regulierung, die sowohl Meinungsfreiheit als auch Schutz vor Beschädigung ermöglicht.

Gabriele Hooffacker: Vielen Dank für diese Analogie. Zur gleichen Zeit gab es in Deutschland viele kleine Fürstentümer mit strenger Zensur. Auch dort gab es Drucker und Hersteller kritischer Druckwerke, die allerdings eher im Verborgenen arbeiteten.

Michael Haller: Ja, genau – es gab eine sehr strenge Vorzensur in den deutschen Fürstentümern.

Gabriele Hooffacker: Kommen wir zurück zur Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Frau Dr. Kretzschmar, Sie beschäftigen sich mit dem Projekt »Bürger machen Journalismus – Stärkung des Medienvertrauens für eine Demokratie im Wandel«. Was erforscht dieses Projekt?

Judith Kretzschmar: Wir haben am »Zentrum Journalismus und Demokratie der Universität Leipzig« über mehrere Jahre zu Medienskepsis und Medienmisstrauen geforscht. Unsere Studie »Von Lügenpresse und abgehobenen Eliten« hat gezeigt, dass ein Großteil dieses Misstrauens auf Unkenntnis beruht.

Darauf aufbauend haben wir gemeinsam mit dem Deutschen Journalistenverband Sachsen – gefördert von der VolkswagenStiftung – ein Praxis- und Forschungsprojekt gestartet. Dabei bringen wir Bürgerinnen und Bürger mit Journalistinnen und Journalisten zusammen.

Über drei Monate arbeiten sie gemeinsam: Sie lernen sich kennen, tauschen sich aus, diskutieren und produzieren gemeinsam journalistische Beiträge, die am Ende auch veröffentlicht werden.

Diese Nähe schafft Vertrauen. Und genau das ist entscheidend, um Hass und Misstrauen entgegenzuwirken. Denn das Problem beschränkt sich ja nicht auf das Internet, sondern betrifft die Debattenkultur insgesamt.

Gabriele Hooffacker: Stine, du hast in den USA dazu geforscht, wie Journalistinnen und Journalisten mit Hass umgehen. Gibt es dort Unterstützungsstrukturen?

Stine Eckert: Ja, aber sie sind begrenzt. In meiner Forschung habe ich festgestellt, dass es kaum Unterstützung durch Polizei oder Anwältinnen und Anwälte gibt. Betroffene wenden sich vor allem an NGOs.

In einem aktuellen Projekt habe ich gemeinsam mit zwei Doktorandinnen Interviews mit Mitarbeitenden aus acht NGOs geführt. Wir haben untersucht, wie sie helfen – sowohl individuell als auch auf gesellschaftlicher und politischer Ebene. Unsere Ergebnisse zeigen: Die Situation hat sich in den letzten zehn Jahren kontinuierlich verschärft – von der ersten Trump-Regierung über Biden bis zur aktuellen Phase. Die Angriffe sind sowohl quantitativ als auch qualitativ intensiver geworden.

Zudem stehen viele NGOs selbst unter Druck, finanziell und rechtlich. Einige mussten ihre Strategien anpassen und arbeiten teilweise bewusst weniger sichtbar, um sich zu schützen.

Die Unterstützung für Betroffene umfasst verschiedene Bereiche: psychologische Hilfe, rechtliche Beratung, technische Unterstützung sowie Austauschmöglichkeiten mit anderen Betroffenen.

Viele Journalistinnen und Journalisten fühlen sich zunächst isoliert. Der Austausch mit anderen hilft ihnen, Strategien zu entwickeln.

Gabriele Hooffacker: Wie verändert sich die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten, wenn sie sich quasi zurückziehen oder vorsichtiger agieren müssen? Früher gab es bestimmte Themen, bei denen absehbar war, dass es zu Angriffen kommen kann – etwa Rechtsextremismus. Hat sich das inzwischen ausgeweitet?

Stine Eckert: Ja, auf jeden Fall. Mittlerweile sind sehr viele Themen stark polarisiert, sie sind zu »Hot-Button-Issues« geworden sind.

Das führt dazu, dass Journalistinnen und Journalisten viel stärker überlegen: Wer berichtet worüber? Und schon im Vorfeld wird abgewogen, ob man die eigene Sichtbarkeit reduzieren sollte, um nicht zur Zielscheibe zu werden.

Es gibt inzwischen deutlich mehr Trainings und Leitfäden, die von NGOs entwickelt werden – oft in sehr kurzer Zeit. Während solche Materialien früher mehrere Monate brauchten, entstehen sie heute innerhalb weniger Wochen. Dabei werden auch spezifische Gruppen adressiert, etwa Journalistinnen und Journalisten of Color, trans Personen oder Menschen mit Migrationsbiografie, die besonders stark betroffen sind.

Gleichzeitig ziehen sich manche Journalistinnen und Journalisten ganz aus bestimmten Themenfeldern zurück oder reduzieren ihre Sichtbarkeit, weil die Belastung zu groß ist. Redaktionen sind oft noch nicht ausreichend darauf vorbereitet, ihre Mitarbeitenden zu unterstützen.

Ein weiterer wichtiger Punkt: In den USA geht ein Teil der Angriffe inzwischen direkt vom Staat aus – nicht nur von anonymen Online-Akteuren. Das verändert die Situation erheblich.

Gabriele Hooffacker: Vielen Dank für diesen Einblick in die USA. Jetzt richten wir den Blick nach Sachsen. Herr Krell, Sie haben ja eindrücklich beschrieben, unter welchem Druck Journalistinnen und Journalisten dort arbeiten. Welche Parallelen und Unterschiede sehen Sie?

Michael Krell: Eine klare Parallele ist, dass sich viele Journalistinnen und Journalisten aus sozialen Medien zurückziehen oder sehr genau überlegen, was sie öffentlich von sich preisgeben. In Sachsen habe ich vor allem mit freien Journalistinnen und Journalisten gearbeitet, die sich auf Rechtsextremismus spezialisiert haben. Sie berichten über Demonstrationen, treffen sich mit Akteuren oder arbeiten investigativ. Dabei zeigt sich eine enge Verknüpfung zwischen Online- und Offline-Bedrohungen. Das ist ein wichtiger Punkt: Die digitale Hetze hat reale Konsequenzen im Alltag.

Wir haben in Sachsen sehr aktive rechtsextreme Akteure, die gezielt medienfeindliche Strategien einsetzen. Ein Beispiel sind die »Freien Sachsen«, die während der Corona-Proteste stark präsent waren und regelmäßig Demonstrationen organisiert haben. Diese Veranstaltungen wurden anfangs kaum journalistisch begleitet. Nur wenige Journalistinnen und Journalisten waren vor Ort – und genau diese Personen wurden dann gezielt angegriffen.

Ein konkretes Beispiel: Ein Journalist aus Dresden arbeitete lange unter Pseudonym und berichtete über Social Media. Es wurde gezielt versucht, seine Identität herauszufinden – unter anderem durch massenhafte Anzeigen, um über Akteneinsicht an seine Daten zu gelangen.

Als sein Name bekannt wurde, wurde er öffentlich angesprochen, beleidigt und schließlich auch an seinem Wohnort markiert – etwa durch Aufkleber an seiner Haustür. In der Folge hat er seine Arbeit zeitweise eingestellt.

Das zeigt: Diese Einschüchterungsstrategien funktionieren. Viele geben auf, weil die Belastung zu hoch ist.

Frauen sind besonders stark betroffen. Sie erleben deutlich mehr Anfeindungen, insbesondere online – etwa Stalking oder Morddrohungen. Das führt auch dazu, dass weniger Frauen in diesem Themenfeld arbeiten.

Gabriele Hooffacker: Das heißt, Anzeigen zu erstatten kann sogar kontraproduktiv sein?

Michael Krell: Ja, in vielen Fällen ist das so. Viele freie Journalistinnen und Journalisten erstatten gar keine Anzeige – selbst bei Beleidigungen oder körperlichen Angriffen. Das Problem ist, dass Schutzmechanismen oft nicht funktionieren. Es fehlt an Anonymität, und persönliche Daten gelangen immer wieder in Verfahren und damit potenziell in die Hände der Täter.

Gerade freie Journalistinnen haben oft keine institutionelle Absicherung. Sie müssen ihre private Adresse angeben, und das erhöht das Risiko zusätzlich.

Hinzu kommt, dass Polizei und Justiz nicht immer ausreichend sensibilisiert sind. Es kommt vor, dass persönliche Daten in Akten auftauchen, die später eingesehen werden können. Deshalb wägen viele ab: Lohnt sich eine Anzeige überhaupt oder verschlimmert sie die Situation?

Gabriele Hooffacker: Das klingt nach einem sehr ambivalenten Verhältnis zum Staat – einerseits Unterstützung, andererseits auch Risiken.

Michael Krell: Genau. Es hat sich zwar einiges verbessert, etwa durch Medienschutzteams oder Schulungen bei der Polizei. Aber es bleibt ambivalent.

Einerseits gibt es mehr Bewusstsein für den Schutz von Journalistinnen und Journalisten. Andererseits besteht weiterhin das Risiko, dass durch juristische Verfahren persönliche Daten bekannt werden.

Diese Unsicherheit führt dazu, dass viele nicht konsequent mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten.

Gabriele Hooffacker: Könnte mehr Dialog – etwa zwischen Polizei und Journalistinnen – helfen?

Judith Kretzschmar: Ja, das ist definitiv ein Ansatz. Unsere Forschung zeigt, dass Medienskepsis oft auf mangelndem Verständnis beruht.

Viele Menschen wissen schlicht nicht, wie Journalismus funktioniert – welche Regeln gelten, welche Grenzen es gibt. Daraus entstehen Frustration, Misstrauen und teilweise auch Aggression.

Wir haben außerdem festgestellt: Menschen, die Journalistinnen und Journalisten persönlich kennen, haben deutlich mehr Vertrauen in Medien.

Deshalb setzen wir genau dort an, wir bringen beide Seiten zusammen. Bürgerinnen und Bürger arbeiten gemeinsam mit Journalistinnen und Journalisten an Themen, die sie selbst interessieren. Diese Zusammenarbeit schafft Nähe und Verständnis. Und genau das kann helfen, Misstrauen abzubauen.

Wir bringen also Bürgerinnen und Bürger mit Journalistinnen und Journalisten zusammen und lassen sie über drei Monate hinweg gemeinsam arbeiten. Am Anfang lernen die Bürgerjournalistinnen und -journalisten die Grundlagen des Journalismus kennen: Arbeitsweisen, Prinzipien und auch Grenzen. Danach entwickeln sie eigene Themen, die sie persönlich betreffen, und setzen diese gemeinsam um.

Diese Phase ist sehr intensiv. Die Beteiligten lernen sich wirklich kennen, verstehen die Perspektiven der jeweils anderen Seite und arbeiten eng zusammen. Das schafft Vertrauen – und genau das untersuchen wir wissenschaftlich.

Insgesamt arbeiten wir mit etwa 70 Gruppen in ganz Sachsen, also mit rund 350 bis 400 Bürgerinnen und Bürgern. Wir beobachten, was diese Zusammenarbeit bewirkt, sowohl bei den Teilnehmenden als auch bei den Journalistinnen und Journalisten.

Unsere These ist, dass zwei Faktoren entscheidend sind: Zum einen der Rückgang des Lokaljournalismus, zum anderen mangelnde Medienkompetenz und fehlende Nähe zwischen Medien und Publikum. Beides trägt zu Misstrauen bei, das sich im schlimmsten Fall in Hass und Gewalt äußert.

Gabriele Hooffacker: Gibt es in dem Projekt auch Konflikte zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Journalistinnen und Journalisten?

Judith Kretzschmar: Am Anfang ja, durchaus. Vertrauen entsteht nicht sofort. In den ersten Workshops ist das oft ein vorsichtiges Abtasten.

Manchmal müssen sogar gemeinsam Verhaltensregeln festgelegt werden. Aber die Gruppen sind klein, und mit der Zeit entwickelt sich eine wertschätzende Zusammenarbeit.

Nach den ersten Wochen entstehen oft sogar WhatsApp-Gruppen, und viele bleiben auch über das Projekt hinaus in Kontakt. Der Anfang ist also schwierig, aber die Entwicklung ist sehr positiv.

Gabriele Hooffacker: Das ist ein wichtiger Ansatz: Nähe herstellen und ins Gespräch kommen, gerade im lokalen Raum.

Michael, du beschäftigst dich ja auch mit Strategien gegen Hass, unter anderem im Projekt »Fit for News«. Wie kann man Menschen dafür sensibilisieren, was Journalismus eigentlich ist?

Michael Haller: Ich finde den Ansatz von Frau Kretzschmar sehr überzeugend.

Wir arbeiten in eine etwas andere Richtung, wir verknüpfen Kommunikations- und Medienbildung. In unserem Projekt vermitteln wir Lehrkräften, was Medienkompetenz ausmacht und wie in diesem Kontext Journalismus

funktioniert, damit sie diese Kompetenz an Schülerinnen und Schüler weitergeben können.

Ziel ist es, Kriterien zu vermitteln, zum Beispiel: Woran erkennt man glaubwürdigen Journalismus? Wie unterscheidet er sich von anderen Formen der Medienkommunikation?

Das Problem ist allerdings, dass wir gerade in Teilen Ostdeutschlands auf Vorbehalte stoßen. Lehrkräfte berichten, dass manche Eltern gegen solche Inhalte protestieren, weil sie glauben, es handele sich um »Propaganda für die Systemmedien«.

Das zeigt, wie tief das Misstrauen verschiedenen Orts sitzt. Viele Kinder übernehmen diese Einstellungen aus dem Elternhaus, und das erschwert die Aufklärungsarbeit.

Gabriele Hooffacker: Das erinnert an ein eigenes Projekt, das wir an der HTWK Leipzig durchgeführt haben. Auch dort gab es politische Reaktionen, bis hin zu parlamentarischen Anfragen. Wie lassen sich solche Widerstände überwinden?

Michael Haller: Die größte Herausforderung ist die Skalierung. Pilotprojekte funktionieren oft gut, aber wie bringt man sie in die Breite?

Die Bildungsbehörden sind hier teilweise zurückhaltend, weil sie nicht in den Verdacht geraten wollen, bestimmte politische Perspektiven zu vertreten. Dadurch bleibt vieles vom Engagement einzelner Schulen und Lehrkräfte abhängig.

Gleichzeitig zeigt sich: Fehlendes Wissen darüber, wie das Mediensystem und insbesondere der Journalismus funktionieren, führt zu einem tief sitzenden Misstrauen, das sich besonders in Krisenzeiten weiter verstärkt, wie etwa während der Pandemie oder jetzt durch die Angriffskriege in der Ukraine und Nahost.

Gabriele Hooffacker: Ich würde jetzt gern die Runde für das Publikum öffnen.
Frage aus dem Publikum: Ich habe eine Frage an Frau Kretzschmar: Wie gewinnen Sie die Bürgerinnen und Bürger für Ihr Projekt?

Judith Kretzschmar: Die Journalistinnen und Journalisten konnten wir relativ leicht über den Deutschen Journalistenverband gewinnen.

Bei den Bürgerinnen und Bürgern war es schwieriger. Wir arbeiten vor allem im ländlichen Raum und nutzen verschiedene Wege: Social Media, Flyer, lokale Partner. Wenn lokale Akteure das Projekt unterstützen, steigt auch die Teilnahdebereitschaft. Oft funktioniert es über Mundpropaganda.

Interessanterweise sind die meisten Teilnehmenden Frauen zwischen 40 und 60 Jahren. Wir hatten eigentlich erwartet, mehr kritische ältere Männer zu erreichen, das hat sich bisher nicht bestätigt.

Langfristig hoffen wir, auch stärker skeptische Gruppen einzubinden.

Michael Haller: Wir haben vor einigen Jahren ein ähnliches Projekt mit Lokalzeitungen durchgeführt. Dabei wurden Leserinnen und Leser befragt und in Diskussionen mit Redaktionen einbezogen.

Die Ergebnisse waren sehr interessant, aber in der Praxis hat sich kaum etwas verändert. Die Redaktionen haben die Erkenntnisse im Produktionsalltag nicht umgesetzt. Das zeigt: Es reicht nicht, Ergebnisse zu präsentieren. Entscheidend ist die direkte Zusammenarbeit – so wie in Ihrem Projekt.

Judith Kretzschmar: Genau. Deshalb halten wir uns als Wissenschaftlerinnen bewusst im Hintergrund. Es soll kein Projekt »von oben« sein, sondern ein gemeinsamer Prozess.

Interessant ist auch: Viele Teilnehmende kritisieren zunächst, dass bestimmte Themen in den Medien fehlen. Wenn sie dann selbst journalistisch arbeiten, stellen sie fest, dass diese Themen durchaus vorkommen – nur anders, als sie erwartet hatten. Das verändert die Perspektive enorm.

Gabriele Hooffacker: Wir haben uns vorgenommen, Strategien gegen den Hass zu entwickeln. Dazu haben wir bereits einige eindrucksvolle Beispiele gehört. Herr Krell, Sie sind selbst in der Initiative »Between the Lines« aktiv. Wo setzt diese Initiative an?

Michael Krell: Diese Initiative ist dort unterwegs, wo es darum geht, Journalistinnen und Journalisten, die zu Rechtsextremismus arbeiten, zu unterstützen und zu schützen. Sie wurde während der Corona-Zeit in Dresden unter dem Motto »Zivilgesellschaft schützt Pressefreiheit« gegründet. Konkret unterstützen wir Journalistinnen und Journalisten, die auf Versammlungen oder bei investigativen Einsätzen über rechtsextreme Akteure berichten.

Wir fahren tatsächlich mit vor Ort – nicht als professioneller Sicherheitsdienst, sondern wir leisten Unterstützung durch bloße Präsenz. Wir fungieren als zweites Paar Augen. Wenn man durch die Kamera schaut, filmt oder fotografiert, verliert man leicht den Blick für die Umgebung. Unsere Ehrenamtlichen begleiten die Journalisten, beobachten das Geschehen und gehen aktiv auf Störende zu, um deeskalierend auf sie einzuwirken.

Ein weiterer Aspekt ist die Lobbyarbeit. Wir fungieren als Sprachrohr gegenüber Akteuren wie der Polizei oder Staatsanwaltschaften, um die besonderen Bedürfnisse von Journalistinnen und Journalisten in diesem Feld zu

verdeutlichen. Wir wirken darauf hin, dass die Behörden besser mit der Situation umgehen, und bieten dafür auch Schulungen an. Mitglieder unserer Initiative sind bei Polizeiveranstaltungen aktiv, um das Wissen darüber zu verbreiten, wie man Journalistinnen und Journalisten in der Rechtsextremismus-Berichterstattung effektiv schützen kann.

Gabriele Hooffacker: Es gibt ja auch die Initiative »Schutzkodex.de«, bei der sich einige große Verlage zusammengeschlossen haben. Diese sagen zwar, dass sie auch freie Journalisten schützen, konzentrieren sich aber primär auf ihre Festangestellten. Erreicht dieser Schutz die freien Journalistinnen und Journalisten tatsächlich?

Michael Krell: Leider nicht wirklich. Das Problem ist, dass man als freier Journalist immer in Vorleistung geht. Man recherchiert lange und setzt sich der Gefahr oft schon aus, bevor überhaupt eine Rückkopplung zu großen Medienhäusern stattfindet. Am Ende ist es eine finanzielle Frage, wie sehr Freie unterstützt werden.

Wer für die ARD oder große Häuser arbeitet, hat noch einen gewissen Schutz durch den Namen der Institution. Aber gerade im lokalen Bereich kommt vom Schutzkodex.de de facto nichts an. Dort hängt alles vom individuellen Vorgehen ab: Suchen sich die Journalisten eigenständig Hilfe, bilden sie sich selbst weiter oder finden sie ehrenamtliche Initiativen wie unsere? Übergeordnete, flächendeckende Angebote gibt es bisher kaum.

Gabriele Hooffacker: Wo könnten wir noch ansetzen? Stine Eckert, hast du Beispiele für Strategien gegen den Hass im Netz?

Stine Eckert: Ja, ich habe zwei Beispiele. Eine Organisation berichtete uns, dass sie Gegenkampagnen startet, sobald eine Journalistin in den sozialen Medien unter Beschuss gerät. Sie verbreiten dann wertschätzende, positive Nachrichten in ihrem Netzwerk. Diese NGOs sind untereinander sehr gut vernetzt; sie bilden ein ganzes Ökosystem und versuchen, das Negative mit positiven Inhalten zu »überschwemmen«. Zusätzlich leisten sie Pressearbeit, um den Sachverhalt geradezurücken und Rufschädigung zu verhindern.

Auf lokaler Ebene haben wir mit einer NGO gesprochen, die es geschafft hat, Geld für eine Vollzeitstelle als »Safety Officer« zu organisieren. Diese Ansprechperson arbeitet eins zu eins mit Journalistinnen und Journalisten an Sicherheitskonzepten. Das ist im Lokalen besonders wichtig, weil die Reporter dort bekannt sind und nicht, wie auf Bundesebene, nach dem Termin einfach wieder »abfliegen«.

Oft fließen Fördergelder eher in prestigeträchtige Programme statt in den »Overhead« – also in die Arbeit hinter den Kulissen. Selbst in Redaktionen wie den *Detroit News*, die ich aus meiner Arbeit kenne, gibt es oft keine festen Ansprechpartner für Hass im Netz. Den Journalistinnen und Journalisten wird gesagt, sie sollen für die Marke auf Social Media präsent sein, aber wenn es ins Negative umschlägt, fehlt oft der Support. Solche Vollzeitstellen oder Solidaritätskampagnen sind wichtige Strategien, um zu zeigen: Das ist nicht in Ordnung und wir nehmen das als Gesellschaft nicht als Norm hin.

Gabriele Hooffacker: Es ist spannend, die Plattform-Logik dadurch zu beeinflussen, dass man sie mit freundlichen Nachrichten flutet. Wir wissen ja, dass die Algorithmen eigentlich eher den Krawall befördern.

Michael Haller: Ich möchte das noch ergänzen. Die Reichweite überregionaler Newsmedien schwankt zwischen 30 und 60 Prozent – außer bei Krisen wie einem Kriegsausbruch, dann steigt sie kurzzeitig deutlich an. Die Reichweite von Lokalzeitungen ist jedoch kontinuierlich rückläufig. Daher stellt sich die Frage nach Hate Speech auch jenseits des Journalismus.

In unserer Arbeit mit Jugendlichen sehen wir bestätigt, was Erhebungen zeigen: Dass mehr als 60 Prozent »in den letzten drei Wochen« beängstigende Erfahrungen mit Hate Speech gemacht haben. Die Folge ist, dass sich viele nicht mehr trauen, in Kommentarspalten aktiv zu werden, aus Angst vor Diffamierung.

Was kann man tun? Meiner Ansicht nach braucht es eine »Zangenbewegung« aus drei Ansätzen:

1. Regulierung: Wir brauchen Instrumente wie den Digital Services Act (DSA) auf EU-Ebene. Auch wenn viele Journalisten den Act kritisieren, so ist es ein durchaus wirksames Mittel, das Betroffenen Mut macht, gegen Diffamierung auf den Plattformen der großen Webkonzerne vorzugehen. Die Richtung stimmt also, auch wenn die Wegstrecke noch sehr lang ist.

2. Algorithmen beeinflussen: Wir müssen hinterfragen, wie emotionale Priorisierung funktioniert. Derzeit belohnen Algorithmen (z. B. bei TikTok) aggressive Inhalte massiv. Es wird diskutiert, wie man Plattformbetreiber zu regelmäßigen Tests verpflichten kann, um ihre Algorithmen quasi zu zähmen. Ein nächster Schritt wäre, dass die Nutzer selbst bestimmen können, womit sie »zugeschüttet« werden und wovon sie verschont bleiben wollen.

3. Souveränität und Resilienz: Wir brauchen keine Zensur, aber wir brauchen souveräne Bürger. Wir müssen junge Menschen zu mehr Resilienz erziehen, damit sie nicht auf jede Provokation sofort emotional reagieren. Programme wie »Fit for News« in Schulen setzen genau hier an: Im Unterricht sollte nicht nur

Wissen vermitteln werden, er sollte ein Ort der Bildung zum kritisch denkenden, selbstbewussten Bürger sein.

Gabriele Hooffacker: Stine Eckert, gibt es in den USA ähnliche Ansätze, was die Regulierung angeht?

Stine Eckert: Vieles in Sachen Regulierung kommt aus Europa. Die Betreiberfirmen sitzen zwar in den USA oder China, aber sie reagieren erst, wenn Europa mit substanziellen Geldstrafen droht. Ein potenzieller »Gamechanger« in den USA könnte die Reform von »Section 230« sein, die Plattformen bisher von der Verantwortung für Inhalte freispricht.

In Kalifornien gibt es nun Klagen über den Hebel des »Personal Injury« (Körperverletzung). Da der erste Verfassungszusatz (Free Speech) in den USA fast alles deckt, versuchen es junge Menschen nun über das Thema psychische Gesundheit. Wenn soziale Medien als »Public Health Issue« (Gesundheitsproblem) eingestuft werden, könnte das die Verantwortlichkeit der Besitzer massiv erhöhen. Das wäre ein wichtiger Hebel, um die Verantwortung nicht nur beim Bürger abzuladen.

Gabriele Hooffacker: Gibt es Bestrebungen, sich von diesen Plattformen ganz abzuwenden und selbstorganisierte Strukturen wie das »Fediverse« zu nutzen? Als Elon Musk Twitter übernahm und zu »X« machte, gab es dort ja einen Zulauf.

Stine Eckert: In den USA ist das kaum ein Thema. Die Plattformen sind dort kulturell tief verankert und gelten oft als attraktive Arbeitgeber. Der Diskurs über alternative, öffentlich-rechtliche Plattformen ist eher ein europäischer. In den USA wurde der ohnehin dünne öffentliche Bereich (NPR, PBS) zuletzt sogar weiter gekürzt.

Michael Haller: In Europa nimmt diese Idee aber Fahrt auf. Mehrere Initianten und Arbeitsgruppen wie am Weizenbaum-Institut entwickeln Konzepte für eine »Public Service Plattform« – eine werbefreie Superplattform nach dem Gebührenmodell, um den Kommerzialisierungsdruck herauszunehmen. Das ist noch nicht spruchreif für Brüssel, aber die Ausarbeitungen werden konkreter.

Gabriele Hooffacker: Wenn wir uns in fünf Jahren wieder treffen: Was hat sich bis dahin geändert? Michael, magst du anfangen?

Michael Haller: Vergleichen wir es mit dem Straßenverkehr: In den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts war er völlig unreguliert und für die

Teilnehmenden hoch gefährlich. Erst durch die Entwicklung einer Straßenverkehrsordnung wurde er sicherer. Obwohl das Verkehrsaufkommen stetig anstieg, sank der Anteil an Unfällen mit Verkehrstoten. Dafür brauchten wir ein halbes Jahrhundert! Ich stelle mir das für das Internet ähnlich vor. In fünf Jahren haben wir hoffentlich weitere Regulierungen, die die individuelle Meinungsfreiheit respektieren, aber dort Grenzen ziehen, wo andere gefährdet oder beschädigt werden. Wie im Straßenverkehr den Führerschein, so braucht es zudem und zwingend die Vermittlung von »Kommunikationskompetenz« in den Schulen – vor allem das Einüben des fairen Umgangs miteinander auf den Plattformen der interaktiven Medien.

Gabriele Hooffacker: Judith Kretzschmar, haben in fünf Jahren alle gelernt, Journalistinnen und Journalisten nicht mehr als Feindbilder zu sehen?

Judith Kretzschmar: Alle sicher nicht, aber ich hoffe, in fünf Jahren zeigen zu können, wie wichtig Bürgerjournalismus und Teilhabe im lokalen Raum sind. Mein Wunsch ist, dass Debatten wieder aus dem anonymen Netz zurück in die physische Gesellschaft kommen, wo man Meinungen wieder persönlich aushalten muss.

Gabriele Hooffacker: Herr Krell, brauchen wir in fünf Jahren noch Schutzinitiativen?

Michael Krell: Als jemand, der zu Rechtsextremismus arbeitet, fällt es mir schwer, optimistisch zu sein. Wenn es nicht viel schlimmer wird, wäre schon viel gewonnen – gerade mit Blick auf politische Entwicklungen im Osten Deutschlands. Ein Schreckensszenario wäre ein Umfeld, in dem freier Journalismus zu diesen Themen kaum noch möglich ist.

Positiv gedacht: Wir brauchen institutionelle Investitionen in »Safety Offices« und einen besseren staatlichen Opferschutz, der Betroffene von Bedrohungen aktiv schützt, statt sie durch bürokratische Hürden weiteren Gefahren auszusetzen.

Gabriele Hooffacker: Stine Eckert, was brauchen wir in den kommenden fünf Jahren?

Stine Eckert: Wir müssen bei der KI aufpassen, dass wir nicht dieselben Fehler machen wie beim frühen Internet oder den sozialen Medien. Wir brauchen frühzeitige Kompetenzentwicklung und Regulierung (wie den EU AI Act), bevor sich Hassformen wie Deepfakes oder geschlechtsspezifische Gewalt noch weiter

verbreiten. Ich wünsche mir, dass wir aus früheren technologischen Schlaufen gelernt haben, um marginalisierte Gruppen besser zu schützen.

Gabriele Hooffacker: Vielen Dank an unsere Gäste und das Publikum.

Das Philosophie Magazin hat jüngst einen Essay von Michael Haller zum Thema Meinungs- und Pressefreiheit veröffentlicht. Zu lesen unter: <https://www.philomag.de/artikel/presse-und-meinungsfreiheit-gefahr-wir-zerstoeren-sie-selbst>